

belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

BELARUS IM ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN FORUM MUSEUMSLANDSCHAFT AKTUELLE POLITIKUMFRAGEN

■ ANALYSE		
Die zivilgesellschaftliche Dimension der östlichen Partnerschaft als Plattform europäischer Kooperation mit Belarus	Iris Kempe, Tiflis	2
■ ANALYSE		
Die Museumslandschaft in Belarus	Kristiane Janeke, Minsk	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Museen und ihre Besucher		10
■ STATISTIK		
Aktuelle Politikumfragen		13
■ CHRONIK		
Chronik vom 27. September bis zum 22. November 2011		16



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die zivilgesellschaftliche Dimension der östlichen Partnerschaft als Plattform europäischer Kooperation mit Belarus

Iris Kempe, Tiflis

Zusammenfassung

Ende November 2011 findet in Poznań das dritte Zivilgesellschaftliche Forum der Östlichen Partnerschaft statt. Mit der Gründung dieses Forums im Jahr 2009 wurden erstmals zivilgesellschaftliche Akteure direkt in der europäischen Politik berücksichtigt und für Belarus entstand daraus eine neue Möglichkeit der Kooperation mit der EU. Dem Land kommt innerhalb des Forums eine besondere Bedeutung zu, denn es nimmt auf dieser Ebene eine Vorreiterrolle unter den sechs zur Östlichen Nachbarschaft gehörenden Ländern ein.

Einleitung

Seit dem Prager Gipfel der Östlichen Partnerschaft im Mai 2009 hat die Europäische Union ein neues Format für die europäische Nachbarschaftspolitik etabliert. Die Östliche Partnerschaft richtet sich ausschließlich an die europäischen Nachbarn im Osten der Union, die abhängig von möglichen Fort- bzw. Rückschritten zumindest eine Perspektive auf den Beitritt zur Union haben. Neu an der Östlichen Partnerschaft ist die zivilgesellschaftliche Dimension. Mit dem Zivilgesellschaftlichen Forum hatte die Europäische Union auf dem Prager Gipfel erstmalig ein Format geschaffen, zivilgesellschaftliche Akteure direkt in der europäischen Politik zu berücksichtigen. Belarus ist zwar ein Teil der Östlichen Partnerschaft, allerdings konzentriert sich die Zusammenarbeit aufgrund des autokratischen Charakters des Lukaschenka-Regimes auf die zivilgesellschaftliche Ebene. Die Regierungsvertreter sind zwar zu den Gipfeltreffen eingeladen, nahmen die Einladung zum Warschauer Gipfel der Östlichen Partnerschaft im September 2011 aber nur auf der Ebene des dortigen Botschafters wahr. Derzeit verhandelt die Europäische Union nicht mit Belarus über ein Assoziierungsabkommen, wie dies mit den anderen Staaten der Östlichen Partnerschaft der Fall ist. Obwohl oder gerade weil die Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union jenseits der zivilgesellschaftlichen Ebene eingeschränkt sind, hat Belarus auf dieser Ebene eine Vorreiterrolle unter den sechs zur Östlichen Nachbarschaft gehörenden Ländern eingenommen. Zum zweiten Mal in Folge stammt der Sprecher des Forums aus Belarus, die belarussische Nationale Plattform hat eine Führungsrolle eingenommen und die Europäische Kommission, insbesondere der für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissar Štefan Füle, hat großes Interesse an der Zusammenarbeit mit der belarussischen Zivilgesellschaft. Auf der anderen Seite hat sich die innenpolitische Lage in Belarus seit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 dramatisch verschlechtert. Dem politischen Druck

folgte eine wirtschaftliche Krise. Aus der Zuspitzung der Lage in Belarus und der Konzentration der europäischen Zusammenarbeit auf die Zivilgesellschaft ergaben sich zahlreiche Implikationen und Fragestellungen. Zunächst gilt es die Bedeutung und Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in der Östlichen Partnerschaft zu erörtern. Die anschließende Frage richtet sich auf die Bedeutung und Besonderheiten der Östlichen Partnerschaft in Belarus. Vor diesem Hintergrund gilt es abschließend die Möglichkeiten mit der Östlichen Partnerschaft auf ein nach Europa und an Demokratie und Marktwirtschaft ausgerichtetes Belarus zu bestimmen und daraus den eigentlichen Nutzen des Formates zu bewerten.

Die zivilgesellschaftliche Dimension der Östlichen Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft geht auf eine polnisch-schwedische Initiative zurück, die am 3. Dezember 2008 von der Europäischen Kommission angenommen und auf dem EU Gipfel am 7. Mai 2009 in Prag bestätigt wurde. Das Konzept richtet sich auf die Zusammenarbeit der EU mit den östlichen Nachbarstaaten, der Ukraine, der Republik Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und einem sich an demokratischen Standards orientierenden Belarus. Vorgesehen ist, mit den Nachbarstaaten jeweils bilaterale Assoziierungsabkommen abzuschließen, die die Möglichkeit zum Abschluss von Freihandelsabkommen, zur Erleichterung der Visabestimmungen sowie Möglichkeiten zur institutionellen Zusammenarbeit beinhalten können. Die Aktivitäten in der Östlichen Partnerschaft orientieren sich an vier Plattformen: Demokratie und gute Regierungsführung, Wirtschaft und Konvergenz, Energie sowie zwischenmenschliche Kontakte. Die Treffen der Staats- und Regierungschefs der Östlichen Partnerschaft finden alle zwei Jahre statt. Nach dem Prager Gründungsgipfel 2009 fand das zweite Treffen am 29. und 30. September 2011 in Warschau statt. Die Außenminister der EU und der Staaten der Östlichen Partnerschaft treffen sich ein Mal im Jahr. Zu

dem Warschauer Gipfel war der belarussische Außenminister zwar eingeladen, sagte aber kurzfristig ab und wurde durch den Botschafter vertreten.

Bereits auf dem Prager Gipfel verständigten sich die Teilnehmer darüber, Modalitäten für die Schaffung eines zivilgesellschaftlichen Forums auszuarbeiten und im November 2009 fand in Brüssel das erste Zusammentreffen in diesem Format statt. Zu dessen Vorbereitung hatte die Europäische Kommission einen Lenkungsausschuss einberufen, dessen Aufgabe es war, die Teilnehmer des Forums auszuwählen, Agenda und Inhalte zu bestimmen sowie insgesamt eine federführende Rolle zu übernehmen. Im Ergebnis wurden rund 250 zivilgesellschaftliche Organisationen aus allen sechs Staaten der Östlichen Partnerschaft einschließlich Belarus zur Teilnahme ausgewählt. Inhaltlich betrachtet gelang es, sich auf dem Forum über gemeinsame Strategieerklärungen zu verständigen. Zur Gründung eines institutionellen Rahmens wurde ein Lenkungsausschuss mit insgesamt 17 Vertretern, ein Vertreter aus jedem Land der Östlichen Partnerschaft, drei Vertreter aus EU Mitgliedstaaten sowie jeweils zwei Vertreter für jede thematische Plattform gewählt. Zum Sprecher des zivilgesellschaftlichen Forums wählte das Plenum einen Vertreter Belarus, Serhej Mazkewitsch. Er ist Vorsitzender der Assambleja der demokratischen NGOs. Dieser Dachorganisation wurde in Belarus mehrmals die Registrierung verweigert, weshalb sie sich 2011 in Litauen registrieren ließ. Im Zuge der Brüsseler Veranstaltung kam es erneut zu einer Drohgebärde der belarussischen Autoritäten, die eine belarussische Teilnehmerin des Forums nach der Rückkehr nach Minsk von der Universität verwiesen.

Mit der Wahl des Lenkungsausschusses hat das Forum einen groben institutionellen Rahmen für die weitere Entwicklung des Formats geschaffen. Es entschied, das Forum 2010 im Auswärtigen Amt in Berlin und 2011 in Poznań zu veranstalten, um somit auch die Mitgliedstaaten an ihre Verantwortung zu erinnern. Die Auswahl der Teilnehmer sowie die Ausarbeitung der Agenda liegt nun weitgehend in der Verantwortung des Lenkungsausschusses, der sich somit auf dem Weg zu einer Organisation der Selbstverwaltung befindet.

Die Aufgaben auf europäischer Ebene sowie in den Staaten der Östlichen Partnerschaft waren von Beginn an geprägt vom großen Handlungsdruck aus den Regionen. Unterschiedliche Partikularinteressen überschneiden sich zum Teil mit Konfliktlinien zwischen den beteiligten Staaten und sehr verschiedenen Ausgangsbedingungen und Erwartungen. Entsprechend dem Gesamtkonzept zur Gestaltung der Ostpolitik der Europäischen Union richtete sich die Erwartungshaltung der Europäischen Kommission zunächst darauf, den europäischen Nachbarstaaten ein attraktives Ange-

bot jenseits der Möglichkeit des Beitritts unterbreiten zu können. Rhetorisch hielt die Kommission an möglichen Beitrittsangeboten fest, auf der Entscheidungsebene wurden aber keine Zusagen zum Beitritt gemacht. Die Verletzung demokratischer Standards vor allem in Belarus führte zu einer insgesamt kritischen Haltung der Kommission. Dagegen hielten einzelne EU-Mitgliedstaaten, in erster Linie Polen, daran fest, die Union insbesondere für Nachbarstaaten im Osten Polens prinzipiell offen zu halten. Eine Position, die auch immer wieder von den Vertretern der neuen Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament betont wird. Während die Implikationen des Arabischen Frühlings seit Dezember 2010 das EU-interne Interesse verstärkt auf den Mittelmeerraum richten, hielt der Warschauer Gipfel der Östlichen Partnerschaft an der östlichen Agenda fest, indem insbesondere die polnische Regierung für mehr Unterstützung bei der Transformation eintrat.

In einer Situation der insgesamt offenen, aber nicht immer eindeutigen Haltung der europäischen Institutionen zur Östlichen Partnerschaft gelang es dem Lenkungsausschuss erste Schritte zu machen, um sowohl politisch als auch bürokratisch handlungsfähig zu werden. Die größten Engpässe sind dabei das fehlende Budget für eine Vielzahl von Aufgaben wie beispielsweise die Erarbeitung von Expertise oder die Einladung von Experten sowie das Fehlen einer Verwaltungsstruktur. Derzeit wird über die Einrichtung eines ständigen Sekretariats nachgedacht.

Auch aufgrund der schwierigen oder sich sogar verschlechternden politischen Rahmenbedingungen hat sich das zivilgesellschaftliche Format der Östlichen Partnerschaft unter dem Druck von außen verändert. Eine Schlüsselrolle spielten dabei die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 in Belarus und der seit diesem Zeitpunkt fortdauernde politische Druck auf die Opposition. Um darauf angemessen reagieren zu können, wurde ein Paradigmenwechsel in der Schwerpunktsetzung des Zivilgesellschaftlichen Forums und dessen Institutionen eingeleitet. Von Angeboten für eine An- oder Einbindung der Nachbarstaaten verlagerte sich das Gewicht auf den Ausbau der Gesprächskanäle der Europäischen Kommission zu Autokratien. Ziel war es, auch in der schwierigen Lage in Belarus handlungsfähig zu bleiben.

Im Weiteren etablierten sich zunächst aus dem Kreis des zivilgesellschaftlichen Forums heraus und zumindest rhetorisch auch unterstützt von der Europäischen Kommission in den Ländern der Östlichen Partnerschaft Nationale Plattformen. Die Entwicklung der Plattformen verlief in den sechs Staaten höchst unterschiedlich, geprägt vom jeweiligen Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Zivilgesellschaft und Gebern sowie zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft selbst. Vor-

reiter war zunächst die Nationale Plattform in Armenien, die sich zeitnah nach dem Brüsseler Zivilgesellschaftlichen Forum gründete, in der Folgezeit aber immer mehr in interne Konflikte verwickelte, die schließlich zu einer Abspaltung in ein zweites Format führten. In Georgien gründete sich Anfang 2010 eine Nationale Plattform, die seit ihrer Gründung immer wieder Angriffen von libertären Akteuren ausgesetzt ist. In der Republik Moldau ist die Gründung einer Nationalen Plattform unmittelbar verknüpft mit der Initiative der Regierung des Nationalen Rates zur Mitbestimmung, an den sich die Nationale Plattform der Östlichen Partnerschaft angeschlossen hat und demnach nicht als unabhängige Initiative existiert. Dies ist Bestandteil des Strebens der Regierung nach einer schnellen Annäherung an die Europäische Union. Trotz des autokratischen Charakters der aserbaidischen Regierung gelang es in Baku eine Nationale Plattform zu gründen, deren Arbeit sich an konkreten Fragen wie der Förderung von erneuerbaren Energien oder von klein- und mittelständischen Unternehmen orientiert. Die Plattform verfasste wiederholt Petitionen gegen die angespannte innenpolitische Lage und das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen Vertreter des demokratischen Spektrums, wie dies zum Beispiel bei den öffentlichen Protesten im März 2011 der Fall war. Die Gründung einer Nationalen Plattform in der Ukraine verlief mit Verzögerung und der Prozess begann erst nach dem Zivilgesellschaftlichen Forum im November 2010 unter der Leitung des neu gewählten Koordinators der Östlichen Partnerschaft, Ihor Kohut. Die Entwicklung der Nationalen Plattformen verlief zunächst sehr schleppend und ihre Bedeutung wurde insgesamt in Frage gestellt. Allerdings verdeutlichte die Entwicklung in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 die Wichtigkeit dieser Institutionen sowohl für die europäischen Nachbarstaaten als auch für die europäischen Institutionen. Aufgrund ihrer Schlüsselbedeutung und der Ausrichtung des Beitrages wird sich die Analyse im Folgenden auf die belarussische Nationale Plattform konzentrieren.

Insgesamt ist es der Zivilgesellschaft gelungen, sich ein europäisches Mandat zu erarbeiten. Allerdings fehlt es bisher an konsistenter finanzieller Unterstützung und einer Konkretisierung des Mandats, um nachhaltig handlungsfähig zu sein. Auch angesichts dieser Defizite leidet die europäische Präsenz der Zivilgesellschaft unter den strukturellen Schwächen der Zivilgesellschaft in der Region und es ist bisher nicht immer und überall gelungen, die Demokratiedefizite zu kompensieren. In keinem der Länder der Östlichen Partnerschaft gibt es eine hinreichende adäquate Gesetzgebung und Finanzierung für Nichtregierungsorganisationen. Dies macht sie oftmals abhängig von staatlichem Einfluss oder der

Staat unterstützt die NGOs, um seinen Einfluss auf größere Bevölkerungsschichten zu sichern. Ein weiteres Problem ist die Präsenz der internationalen Gebergemeinschaft, deren Interesse sich oft mehr auf allgemeine Ziele der Entwicklungszusammenarbeit und weniger auf die Lage in den jeweiligen Ländern richtet. Vor diesem Hintergrund gilt es den demokratischen Nutzen der jeweiligen NGO für das Land im Einzelfall zu prüfen.

Die Sonderrolle Belarus im Zivilgesellschaftlichen Forum

Die Rolle Belarus war geprägt von dem großen Handlungsdruck eines autokratischen Regimes, der geographischen Nähe zu Europa sowie den Schlüsselakteuren des europäischen Dialoges im Lenkungsausschuss, Nichtregierungsorganisationen wie EuroBelarus, dem Belarusian Institute for Strategic Studies (BISS) sowie dem in Brüssel ansässigen Office for a Democratic Belarus. Seit Beginn der Östlichen Partnerschaft hat die belarussische Zivilgesellschaft eine führende Rolle in der gesamten Entwicklung gehabt. Ein Schlüsselmoment ist dabei die Nationale Plattform, die im Juli 2010 in Vorbereitung auf das Forum in Berlin gegründet wurde, wobei schon seit 2009 über die Schaffung diskutiert wurde. Die Nationale Plattform beruht nicht auf einer formalen Mitgliedschaft, sondern stützt sich auf die ca. 150 Teilnehmer der bisherigen zivilgesellschaftlichen Foren, die ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft umfassen. Dazu gehören Vertreter der unabhängigen sowie der traditionellen Gewerkschaften, aber nicht die vom Regime gegründeten NGOs. Treffen finden ca. alle zwei Monate statt. Die lockere Form des Zusammenschlusses wurde bewusst gewählt, um institutionelle Spaltungen zu vermeiden. In Armenien haben ähnliche Probleme zur Gründung einer zweiten Nationalen Plattform geführt, was deren Handlungsfähigkeit einschränkt und dem Image schadet. Die belarussischen Teilnehmer des Zivilgesellschaftlichen Forums 2010 haben Ulad Wjalitschka, Chairperson des Internationalen Konsortiums EuroBelarus, zum Vorsitzenden der Nationalen Plattform gewählt. In seiner zweijährigen Arbeit für den Lenkungsausschuss der Östlichen Partnerschaft war er eine Schlüsselperson für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Belarus und darauf aufbauend in der gesamten Östlichen Partnerschaft.

Die Aktivitäten der Teilnehmer finden auf allen vier oben genannten Plattformen der Östlichen Partnerschaft statt. Mit dem Verzicht auf eine formale Mitgliedschaft, ist es der Nationalen Plattform gelungen, einerseits ein breiteres Spektrum politischer Positionen zuzulassen und andererseits Spaltungstendenzen zu vermeiden. Wie auch im Falle der fünf weiteren Nationalen Plattformen ist es in Belarus bisher nicht gelungen,

sich auf eine Verfassung oder ein Gründungsdokument zu einigen. Dies reflektiert auch Defizite der Europäischen Kommission bei der Festsetzung verbindlicher Standards für die Nationalen Plattformen. Gleichzeitig haben die Nationalen Plattformen deshalb aber auch ein großes Maß an Handlungsfreiheit. Allerdings besteht die Gefahr, dass sich demokratische Probleme der Zivilgesellschaft in den Nationalen Plattformen festsetzen oder sogar verstärken. Um dies zu verhindern, muss die Institutionalisierung der Nationalen Plattform vorangetrieben werden. Wichtiger noch als die Annahme von ad hoc-Resolutionen zu aktuellen Problemen und punktuellen Entscheidungen ist nun die Ausarbeitung von langfristigen Strategien.

Eines der größten Probleme bei der Aufrechterhaltung der Nationalen Plattformen ist die fehlende finanzielle Unterstützung durch die Europäische Kommission. Obwohl es sich dabei um eine genuin europäische Aufgabe handelt, werden die Nationalen Plattformen zum Beispiel in der Ukraine oder in Georgien von amerikanischen Gebern unterstützt. Auch in Belarus fehlt eine nachhaltige Finanzierung.

In Bezug auf die Selbstorganisation der Nationalen Plattformen in den Staaten der Östlichen Partnerschaft hat die belarussische eine Vorreiterrolle übernommen. Es ist gelungen, einen kritischen Diskurs zuzulassen, ohne die Plattform zu spalten. Gleichzeitig wird diese Institution in Belarus von europäischen Institutionen als ein demokratischer Akteur angesehen, der europäischen Werten und Ideen verpflichtet ist. Da die belarussische Opposition in zahlreiche Gruppierungen zersplittert ist, stößt sie an die Grenzen der Handlungsfähigkeit gegenüber einem übermächtigen Regime. Um dies zu kompensieren, nutzt die Europäische Kommission die Nationale Plattform als einen Gesprächskanal mit demokratischen Akteuren. Die Nationale Plattform ist auch zu einem Sammelbecken für konzeptionelles Denken geworden. Als solches hat sie Strategien wie z. B. einen Fahrplan für die künftige Entwicklung Belarus ausgearbeitet und zum Positionspapier der Zivilgesellschaft für den Warschauer Gipfel der Östlichen Partnerschaft

beigetragen. Eine angestrebte aber bisher ungelöste Aufgabe der Nationalen Plattform ist es, ein Monitoring der Östlichen Partnerschaft durchzuführen. Zusammen mit dem Fahrplankonzept würde es die Möglichkeit schaffen eine an den Kopenhagener Kriterien orientierte Entwicklung des Landes zu verfolgen. Die Mitglieder der Nationalen Plattform kritisieren zwar den fehlenden Dialog mit der Regierung, sehen derzeit aber keine Möglichkeit, diesen ins Leben zu rufen. Es gibt aber die Idee, sich als Partner für Gespräche am Runden Tisch mit der Regierung anzubieten.

Fazit

Trotz oder gerade wegen der sich zuspitzenden demokratischen und wirtschaftlichen Krisen ist es der Nationalen Plattform des Zivilgesellschaftlichen Forums in Belarus gelungen, sich in der Zivilgesellschaft zu einer Institution für die europäische Entwicklung des Landes zu etablieren. Auch kontroverse Debatten haben nicht zu Abspaltung geführt, sondern sind vielmehr ein Indiz für die demokratische Diversifizierung. Als einziger unter den sechs Nationalen Plattformen ist es der belarussischen gelungen, konzeptionelle Beiträge zur künftigen Entwicklung des Landes und darauf basierend zur weiteren Entwicklung der Östlichen Partnerschaft der Europäischen Union zu entwickeln. Der derzeit institutionell noch bewusst lockere Zusammenschluss der Nationalen Plattform befindet sich derzeit in einer neuen Etappe der Entwicklung, dessen Ziel die institutionelle und programmatische Entwicklung ist. Die Europäische Kommission sowie einzelne Mitgliedstaaten nutzen bereits jetzt die Potentiale der Nationalen Plattform, indem sie die Mitglieder, insbesondere deren Sprecher Ulad Wjalitschka, als Gesprächspartner ernst nehmen. Dennoch wäre die Europäische Kommission gut beraten, diese Potentiale auch durch finanzielle und administrative Unterstützung weiter auszubauen. Für die künftige Entwicklung gilt es, die Ergebnisse des Zivilgesellschaftlichen Forums vom 28. bis 30. November in Poznań 2011 auf ihre strategischen Ergebnisse für die Lage in Belarus zu betrachten.

Über die Autorin:

Bis November 2011 arbeitet Iris Kempe als Direktorin der Heinrich-Böll-Stiftung Südkaukasus in Tiflis/Georgien. 2010 und 2011 ist sie Mitglied des Lenkungsausschusses des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft. Der Beitrag spiegelt die persönliche Meinung der Autorin wider.

Links:

- Seite zur Östlichen Partnerschaft: <http://www.easternpartnership.org/>
- Getragen von: Centre for Eastern Studies (Ośrodek Studiów Wschodnich), Warsaw, www.osw.waw.pl/en
- Offizielle Webseite der EC zum Zivilgesellschaftlichen Forum: <http://www.eap-csf.eu/en/home/>
- Informationsplattform für die Entwicklung der belarussisch-europäischen Zusammenarbeit und Partnerschaft: <http://eurobelarus.info/content/view/68/64/>

Die Museumslandschaft in Belarus

Kristiane Janeke, Minsk

Zusammenfassung

Die politische Lage in Belarus bringt es mit sich, dass andere Bereiche des Landes, wie z. B. die Museumslandschaft, im Westen kaum wahrgenommen werden. Dies ist insofern bedauerlich, als diese eine reiche Geschichte zwischen mitteleuropäischen und russischen Einflüssen widerspiegelt. Nach einem nationalen Aufbruch Anfang der 1990er Jahre ist die aktuelle Situation allerdings von Stagnation und Zentralisierung geprägt, die ein Erreichen europäischer Standards verhindert. Um die durchaus vorhandene Energie und Kreativität vieler Museen freizusetzen, ist eine internationale Vernetzung ebenso voranzutreiben wie die Entwicklung von Qualitätsstandards.

Einleitung

»Steigen Sie doch mal in Minsk aus dem Zug – das wird Ihr Leben verändern!« Das schrieb kürzlich der Journalist Ingo Petz und spielte damit auf die Tatsache an, dass viele Menschen Belarus allenfalls als Station auf der Durchreise von Berlin nach Moskau kennen. Das gilt auch für die Museums- und Ausstellungslandschaft, die selbst Fachleuten kaum bekannt ist. Dabei hat sich seit Bestehen der nationalen Unabhängigkeit 1991 eine differenzierte, nationale Museumslandschaft entwickelt. Ihre Tendenzen, aktuellen Themen und Perspektiven sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

Einem Rückblick auf die Geschichte folgt eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen kulturpolitischen Strukturen und ihre Auswirkungen auf den Museumsbereich. Ein letzter Abschnitt benennt die aktuellen spezifischen Herausforderungen und Perspektiven in der Museumslandschaft der Republik Belarus.

Geschichte des belarussischen Museumswesens

Die Geschichte des Museumswesens auf dem Gebiet des heutigen Belarus reicht zurück bis in das Spätmittelalter und ist eng verbunden mit dem Großfürstentum Litauen. Dieses umfasste seit dem 14. Jh. die Gebiete der heutigen Staaten Belarus und Litauen sowie Teile Polens, der Ukraine und der Russischen Föderation. Innerhalb seiner Grenzen entstanden bedeutende Kunst- und kulturelle Sammlungen, wie die von Euphrosyne von Polazk, von Großfürst Mindaugas in Nawahrudak oder des Adelsgeschlechts Radziwill in Njaswish, um nur einige zu nennen. Die territoriale Entwicklung des Großfürstentums verhinderte indes, dass diese Sammlungen zur Grundlage späterer Museumsgründungen dienten. Durch die polnischen Teilungen Ende des 18. Jh. geriet das belarussische Gebiet bis zum Ersten Weltkrieg unter russische Herrschaft. Die Folge beispielsweise für die Sammlung in Njaswish war ihre Verlagerung zunächst nach Petersburg, später in Teilen nach Moskau. Die Zusammenführung an einem Ort ist nicht

mehr geglückt. Ein ähnliches Schicksal erlitten auch die Sammlungen anderer Adelsgeschlechter. Viele, mit Belarus historisch und kulturell eng verbundene Kulturschätze befinden sich heute in Litauen, Polen oder Russland.

Das 19. Jh. brachte auch für die belarussischen Gebiete ein breiteres, nationales Interesse an der eigenen Kultur mit sich. Vor diesem Hintergrund kam es zu zahlreichen Neugründungen, z. B. des Museums der medizinischen Akademie in Hrodna oder des Museums an der Universität Vilnius. Diese Entwicklung setzte sich im frühen 20. Jh. in einem vergleichsweise liberalen Umfeld fort. Zu einem Rückschlag kam es im Zuge der deutschen Besetzung im Ersten Weltkrieg. Viele Museen wurden geplündert, nur wenige konnten evakuiert werden, andere wurden geschlossen oder in Frontnähe zu Krankenhäusern umfunktioniert. Es folgte der Sowjetisch-Polnische Krieg 1920, abermals wurden viele Museen, wie z. B. Schloss Njaswish, im Zuge der Kampfhandlungen geplündert oder ihre Bestände verlagert.

Eine Blüte erlebte das belarussische Museumswesen in den 20er Jahren des 20. Jh. in den östlichen Landesteilen (seit 1921 die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik). Im Rahmen einer aktiven Nationalitätenpolitik kam es zur Gründung zahlreicher Heimatmuseen, zur systematischen Aufnahme historischer Denkmäler, zur Formulierung gesetzlicher Regelungen für die Museen und ihre Sammlungen sowie zur Gründung des Instituts für belarussische Kultur, das bis heute eine wichtige Funktion in der Museumslandschaft erfüllt. Unter den Neugründungen sind das Belarussische Staatliche Museum (1923) und die Staatliche Bildergalerie (1939) zu nennen, die Vorläufer des heutigen Nationalen Historischen Museums und des Nationalen Kunstmuseums.

Mit dem Aufschwung einher ging aber auch eine zunehmende Ideologisierung der Museen, die sich u. a. in der neuen Kategorie der sog. politischen Museen spiegelte. Das erste Museum dieser Art entstand 1923 in Minsk in dem Gebäude der ersten Sitzung der späte-

ren Kommunistischen Partei der Sowjetunion – heute eine Filiale des Historischen Museums. In allen Ausstellungen sollte sich die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Partei abbilden. Wo keine Exponate vorhanden waren, wurden sie hergestellt oder durch Texte und Dokumente ersetzt. Diese Praxis ist bis heute sehr verbreitet und führt häufig zu schematischen Darstellungen. Seit den 1930er Jahren war eine individuelle Gestaltung der Museen und Ausstellungen kaum mehr möglich. Insbesondere viele Heimatmuseen wurden geschlossen, ihre Bestände aufgelöst. Hochwertige Sammlungen waren massiv von dem Ausverkauf nationaler Kulturschätze im Rahmen der sowjetischen Kulturpolitik der 1920er und 30er Jahre betroffen.

Die im westlichen Teil, also innerhalb der damaligen polnischen Grenzen, gelegenen Museen wurden in die dortige polnische Museums- und Kulturpolitik einbezogen. Nationale belarussische Besonderheiten wurden dabei nicht berücksichtigt. Eine Ausnahme stellt das in der Zwischenkriegszeit zu Polen gehörende Vilnius dar, wo es vor dem Hintergrund einer starken belarussischen Nationalbewegung 1921 zur Gründung des ersten belarussischen Museums kam. Dieses ging zurück auf die kulturgeschichtlich geprägte Sammlung von Iwan Luzkewitsch. Bei seiner Auflösung 1945/46 wurden die Bestände des Museums auf die Litauische und Belarussische SSR aufgeteilt.

Einen tiefen Einschnitt brachte der Zweite Weltkrieg und die damit verbundene deutsche Besatzung von 1941 bis 1944. Evakuierungen waren aufgrund des schnellen Vormarschs der Deutschen praktisch unmöglich, viele Museen, Bibliotheken und Archive wurden geplündert, zerstört oder ihre Bestände nach Deutschland abtransportiert. Nach dem Krieg fanden 15.000 Objekte ihren Weg zurück in die BSSR, Teile der Njaswisher Kunstsammlung brachte die Rote Armee von Königsberg nach Minsk, viele Kulturgüter landeten in Depots russischer Museen, wo sie bis heute liegen.

Die sowjetische Museumspolitik nach 1945 brachte Neuregelungen in den Strukturen und zentralisierte Vorschriften. Diese führten zu weitgehend standardisierten Ausstellungen, die sich bis heute in vielen, insbesondere provinziellen Museen abbilden. Es entstanden neue Museen an kulturellen und gesellschaftlichen Einrichtungen sowie ein dichtes Netz von Schulmuseen, die es größtenteils bis heute gibt. Die damals benannten Leitmuseen sind bis heute als »staatliche« Museen direkt beim Kulturministerium angesiedelt. Neuregelungen zum Schutz des kulturellen und architektonischen Erbes brachten die Kategorie der Natur- und Kulturzentren (»sapowedniki«) hervor, wie sie heute u. a. in Polazk, Njaswish und Saslaue zu finden sind.

Mit Perestroika und Glasnost schließlich erhielten auch die belarussischen Museen neue Freiheiten, sahen sich aber auch neuen Problemen gegenüber, die insbesondere mit der zurückgehenden staatlichen Förderung zusammenhingen. 1989 legte das Kulturministerium ein Entwicklungsprogramm der Museen bis 2000 vor, das seit der staatlichen Unabhängigkeit 1991 mehrmals angepasst wurde. Die heutigen Arbeitsstrukturen basieren auf dem Gesetz »Über Museen und Museumssammlungen« von 1996, das zuletzt 2005 aktualisiert wurde.

Gegenwärtige Strukturen

Die frühen 1990er Jahre waren durch eine bisher ungekannte geistige Freiheit und nationale Aufbruchstimmung gekennzeichnet, von der die Museumslandschaft auch unter den mittlerweile wieder restriktiven politischen Bedingungen noch immer profitiert. Zwischen 1991 und 1995 entstanden 30 neue Museen, viele Ausstellungen wurden den neuen politischen Bedingungen angepasst, kirchliche Kunst teilweise an die Kirchen zurückgegeben, wenngleich auch nicht in dem Ausmaß, wie dies in Russland geschehen ist. Die Institution des Museums erfuhr eine Neuinterpretation als Ausdruck für die eigene, kulturelle Identität. Insbesondere Ausstellungen zur Geschichte sowie ethnographische und kulturgeschichtliche Museen erlebten eine Blüte. Ausdruck dieser Stimmung ist die Gründung des Literaturmuseums für den Nationaldichter Maksim Bahdanowitsch zu dessen 100. Geburtstag 1991 in Minsk.

Seitdem ist eine Tendenz weg von Dauerausstellungen hin zu thematischen Wechselausstellungen zu beobachten. Im Nationalen Historischen Museum gibt es bis heute keine Dauerausstellung. Ähnlich ist es in dem 2010 gegründeten Minsker Stadtmuseum, was nicht selten zu Irritationen bei den (touristischen) Besuchern führt. Neue Aufmerksamkeit im Kontext der nationalen Selbstfindung hat auch das noch zu sowjetischen Zeiten gegründete »Freilichtmuseum für Architektur und Alltag in Belarus« bei Minsk erfahren. In diesem Zusammenhang ist auch das 1994 eröffnete private, kommerziell geführte Freilichtmuseum Dudutki (bei Minsk) zu sehen. Beide Einrichtungen fügen sich mit ihren Veranstaltungen und Angeboten für die Besucher in das staatlich geförderte Programm zur Entwicklung des Agro- und Ökotourismus ein. Insbesondere in den Freilichtmuseen findet man eine aktive und teilweise sehr professionelle Arbeit im Vermittlungsbereich.

Aktuell gibt es ca. 1.600 Museen in der Republik Belarus, davon gehören 158 zum Kulturministerium (zuzüglich ca. 60 Filialen). 11 davon sind nationale, die anderen regionale und lokale Museen. Nur für diese Gruppe der Museen des Kulturministeriums gibt es statistische Angaben (Stand 2010, siehe Gra-

fiken). Zur zweiten Gruppe gehören ca. 200 Museen anderer (staatlicher) Träger, also anderer Ministerien, der Bezirke, Akademien etc., wie z. B. das Bankmuseum, das Museum des KGB, das Zollmuseum usw. In einer dritten Gruppe lassen sich die Museen gesellschaftlicher Organisationen, wie etwa das (einzige) Jüdische Museum (2002) oder das der Geschichtswerkstatt (2003) sowie die 1.056 Schulmuseen zusammenfassen. Alle drei Gruppen unterliegen freilich den Bestimmungen des Kulturministeriums bezüglich der Sammlungs- und Ausstellungspolitik, so dass die Freiheiten der einzelnen Museen eher gering sind. Allein die kleine Gruppe der ca. 15 privaten Museen, unter denen es ein Insekten- und ein Faunamuseum, ein Wodka- und ein Kunstmuseum gibt, ist weniger eingeschränkt. In den meisten Einrichtungen wird Eintrittsgeld erhoben, das jedoch stark variiert. Die Gesamtzahl der Objekte in den Sammlungen wird mit 4,2 Millionen angegeben, ohne diese Zahl allerdings weiter zu differenzieren. Der Museumsbereich bietet ca. 3.500 Arbeitsplätze, davon 1.583 für Mitarbeiter mit einer speziellen Museumsausbildung (zum Vergleich 1985 1.360). Zugang zum Internet haben 64 % der Museen, 46 % betreiben eine eigene Website.

Schwach vertreten sind die Bereiche der zeitgenössischen Kunst und Fotografie, die kaum staatliche Förderung erhalten. Zwar gibt es in Minsk ein Museum, in Wizebsk ein Zentrum für zeitgenössische Kunst und erstmals seit 2005 ist Belarus in diesem Jahr wieder auf der Biennale in Venedig vertreten gewesen. Insgesamt hat die Szene, die sich größtenteils in der einzigen privaten Kunstgalerie, der Galerie Ÿ in Minsk, sammelt, aber einen eher geringen Entwicklungsraum. Schließlich sei erwähnt, dass, wer in Wizebsk ein repräsentatives Chagall-Museum vermutet, insofern enttäuscht wird, als das Geburtshaus des Künstlers zwar eine kleine Ausstellung, jedoch keine Originale von Chagall besitzt.

Die Sammlungspolitik steht ebenso wie die Museumspädagogik vielfach noch in der Tradition der Sowjetunion, d. h. die Abteilungen der Museen sind vergleichsweise groß und wissenschaftlich ausgerichtet. 80 % der Museen erfassen ihre Sammlungen elektronisch, ca. 25 % aller Sammlungen sind bereits digitalisiert und werden seit 2010 in den »Staatlichen Elektronischen Katalog« eingespeist. Die Vermittlungsarbeit ist noch immer meist durch monologische Gruppenführungen geprägt. Eine moderne Museumspädagogik, die sich in Angebot und Service an den Erwartungen und Bedürfnissen der Besucher orientiert, ist in den Museen erst im Aufbau. Bildungsprogramme werden nach wie vor von eigenständigen pädagogischen Zentren übernommen, die unabhängig von den Museen mit Schulen und Jugendeinrichtungen arbeiten. Inso-

fern gibt es bisher meist weder eigene Räumlichkeiten in den Museen, noch strategische Konzepte der Angebote für Besucher unterschiedlicher Zielgruppen. Das Bewusstsein, dass gerade hier große Entwicklungsmöglichkeiten für die Museen liegen, ist aber bereits vorhanden und bringt viele kreative Ansätze hervor. Ein eindrucksvolles Beispiel ist das differenzierte Vermittlungsangebot für behinderte Kinder im Kultur- und Palastensemble Homel.

Die Ausbildung des Museumspersonals erforderte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ebenfalls den Aufbau eigener Strukturen. Studiengänge für Museumskunde und Museumswissenschaften gibt es seit 1992 an der Staatlichen Universität, seit 1994 an der Universität für Kultur und Kunst. Darüber hinaus bietet das Institut für belarussische Kultur Fortbildungskurse an. Seit 1996 werden hier (unregelmäßig) die »Museumshefte« (Musejnyja sschytki) herausgegeben. Der Zugang zu Fachliteratur und Zeitschriften ist nach wie vor mangelhaft. Konferenzen werden u. a. vom Institut für belarussische Kultur sowie von der 1999 begründeten Sektion des Internationalen Museumsrates (ICOM) in Belarus veranstaltet. Im professionellen Bereich gibt es eine enge Kooperation mit Russland. Jährlich findet dort eine Museumsmesse (Intermusej) statt, an der auch belarussische Museen teilnehmen. Viele überregionale Aktivitäten gehen von der russischen Organisation ADIT (russisch für Automatisierung von Museumsaufgaben und Informationstechnologie) aus, die regelmäßig Konferenzen (zuletzt 2011 in Minsk) durchführt, Fortbildungen anbietet und Publikationen zum Museumsmanagement herausgibt.

Wenig bis gar keine Aktivitäten sind für den Restitutionsbereich zu verzeichnen. Eine staatliche Kommission zur Rückführung von Kulturgütern wurde erst Anfang 2010 gegründet, das Engagement einzelner Wissenschaftler nicht gefördert. Ein vertragliches Abkommen gibt es nur mit Polen; die Verhandlungen erweisen sich jedoch als sehr schwierig. Russland ist gar nicht erst bereit zu Gesprächen über eine evtl. Rückführung von kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern nach Belarus. Zwischen Deutschland und Belarus ist es demgegenüber in den letzten Jahren zu einigen Rückgaben gekommen, wie zuletzt 2010 von 500 Botanik-Büchern aus dem Botanischen Garten in Berlin an die Nationalbibliothek in Minsk.

Herausforderungen und Perspektiven

Die politische Entwicklung der letzten 10 Jahre, spätestens aber die Periode nach den letzten Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 haben die Aufbruchstimmung der 1990er Jahre auch im Museumsbereich gedämpft. Gründe dafür sind die ausnahmslos durch

den Staat definierte Kulturpolitik, die Zentralisierung von Ausbildung und institutionellen Strukturen sowie das offiziell vorgegebene Selbstverständnis der Nation, das weite Teile der belarussischen Geschichte, Kultur und Sprache ausblendet. Vor diesem Hintergrund haben die Museen kaum Entwicklungsmöglichkeiten, kein selbstbestimmt verfügbares Budget, nur geringe Austauschmöglichkeiten mit Kollegen aus anderen Ländern sowie wenig Impulse für ein modernes Museumsmanagement, Ausstellungsdesign oder Vermittlungskonzepte. Die Folge ist ein auf der einen Seite schematisches Erscheinungsbild der Ausstellungen und Museen, auf der anderen Seite eine breite Palette an Improvisationen.

Einige aktuelle Projekte spiegeln das Dilemma wieder, die staatlichen Anforderungen zu erfüllen und die Museen zugleich auf einen internationalen Standard zu bringen. So erhält das »Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Kriegs« ein neues Gebäude und ein vergleichsweise hohes Ausstellungsbudget, bleibt aber in der inhaltlichen Darstellung weiterhin dem sowjetischen Geschichtsnarrativ verpflichtet. Dieses stellt nach wie vor den militärischen Sieg der Roten Armee ins Zentrum der Darstellung. Impulse zu einer erweiterten Interpretation des Krieges unter Berücksichtigung der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Besatzungspolitik, dem Völkermord an den Juden, aber auch dem Stalinschen Terror, wie sie aus nicht staatlichen Einrichtungen wie der Geschichtswerkstatt oder dem Jüdischen Museum kommen, werden bisher nur unzureichend aufgegriffen. Damit wird in den zahlreichen militärischen und militärhistorischen Gedenkstätten und Museen, zu denen auch der 2005 eröffnete militärische Erlebnispark an der so genannten Stalin-Linie bei Minsk gehört, die Chance vergeben, einen Anschluss an die gesamteuropäische Diskussion der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu finden.

Die bereits seit Jahren andauernde Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung des Historischen Museums in einem neuen Gebäude zeugt von den damit verbundenen Diskussionen eines nationalen Geschichtsbildes. Ein möglicher Ausweg ist die klassische Kunst- und Schlossausstellung, wie sie bereits in Schloss Mir im Gebiet Hrodna Ende 2010 eröffnet wurde, und ab diesem Herbst auch in Schloss Njaswisch zu sehen sein wird. Beide Schlösser gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe und sind wichtige Tourismusprojekte des Landes. Einen solchen Anziehungspunkt auch in Minsk zu schaffen, erhofft man sich von dem weiteren Ausbau des Nationalen Kunstmuseums, in dessen umliegenden Gebäuden ein Museumsquartal mit modernen Serviceeinrichtungen und einem Kulturbegegnungszentrum entstehen soll. Ein inhaltliches Konzept, etwa die Verbindung mit

der freien Kunstszene, ist mit diesem Vorhaben allerdings bisher nicht verknüpft. Vielmehr soll in unmittelbarer Umgebung des Kunstmuseums Anfang 2012 das neue »Museum der belarussischen Staatlichkeit« eröffnet werden, von dem man getrost eine auf die Person Aljaksandr Lukaschenkas zugeschnittene Ausstellung erwarten darf. Schließlich passt sich das geplante Archäologische Museum im alten Stadtzentrum in die kulturpolitische Strategie des Wiederaufbaus der Altstadt ein. Ein Projekt zur Erforschung der belarussischen Museumsgeschichte hingegen, die virtuelle Rekonstruktion des ersten Belarussischen Museums von Iwan Luzkewitsch, kann seit Jahren mangels einer Finanzierung nicht realisiert werden.

Wo liegen vor diesem Hintergrund die Herausforderungen für die Zukunft? Welche Ziele müssten erfüllt werden, um die Museumslandschaft zu modernisieren? Allem voran ist hier die Intensivierung des internationalen Austauschs zu nennen sowie ein erweitertes Angebot an Fort- und Weiterbildung. Ebenso notwendig ist die Einführung von Zielgruppenorientierung und Besucherforschung, die es bisher außer in der Form einfacher Statistik nicht gibt. Ausgebaut werden sollte der Vermittlungs- und Veranstaltungsbereich, insbesondere für Individualbesucher, die bisher kaum als Zielgruppe gesehen werden. Vielversprechende Ansätze sind die Beteiligungen vieler Museen an der »Langen Nacht«, die hier überwiegend als ein Event für die Jugend gilt, oder dem Internationalen Museumstag. Das noch immer weit verbreitete, traditionelle Bild des Museums als klassischer Bildungseinrichtung lässt bisher wenig Raum für Partizipation oder ehrenamtliches Engagement. Die Lockerung gesetzlicher Vorschriften für alle Bereiche der Museumsarbeit brächte die Möglichkeit individueller Zugänge bei der Entwicklung von Ausstellungskonzepten, der Sammlungstätigkeit oder Online-Angeboten. Sinnvoll wäre schließlich die Entwicklung von Qualitätsstandards in einem erweiterten ökonomischen und inhaltlichen Handlungsspielraum der Museen.

Für derartige Veränderungen stehen die Chancen im Moment denkbar schlecht. Wünschenswert wäre es aber dennoch oder vielleicht gerade deshalb, wenn das übrige Europa – trotz der anfangs erwähnten Isolation des Landes – die Kooperation mit den belarussischen Museen vertieft und so einen Beitrag zur fortschreitenden Öffnung leistet. Vielleicht würde das die belarussische Museumslandschaft nicht verändern, ihren Gestaltern aber mittelfristig neue Horizonte erschließen.

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:

Dr. Kristiane Janeke, Studium der Geschichte und Slawistik in Bonn, Berlin (Freie Universität) und Moskau. Langjährige Berufserfahrung im internationalen Museums- und Ausstellungsbereich, u. a. im Deutschen Historischen Museum, Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Badischen Landesmuseum, Metropolitan Museum New York. Direktorin des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst. Seit 2008 freiberuflich tätig als Ausstellungskuratorin, Museumsberaterin, Kulturmanagerin und Dozentin mit dem Schwerpunkt Russland/Belarus. Derzeit u. a. Beratung des Museums des Großen Vaterländischen Krieges in Minsk zusammen mit dem Goethe-Institut Minsk (www.tradicia.de).

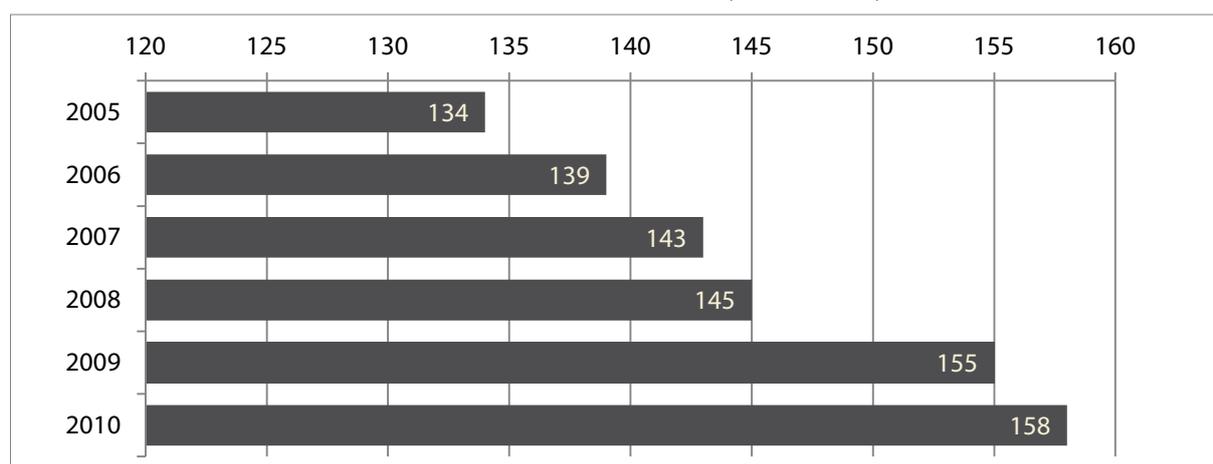
Lesetipps:

- www.museum.by – Informationen zu allen Museen des Landes
- <http://www.belarus.tradicia.de/> – In diesem Blog notiert die Autorin persönliche Eindrücke von Kultur und Geschichte Belarus.
- Ganzer, Christian: Sowjetische Diskurse – Djatlovo, ein Heimatmuseum in der belarussischen Provinz, in: Olga Kurilo (Hg.): Der Zweite Weltkrieg im Museum: Kontinuität und Wandel, Berlin 2007, S. 133–148.
- Ders.: »Revolution« im Brester Heimatmuseum, in: Olga Kurilo (Hg.): Der Zweite Weltkrieg im Museum: Kontinuität und Wandel, Berlin 2007, S. 149–157.
- Ders. und Alena Paškovič: »Heldentum, Tragik, Tapferkeit«. Das Museum der Verteidigung der Brester Festung, in: Osteuropa 12 (2010), S. 81–96.

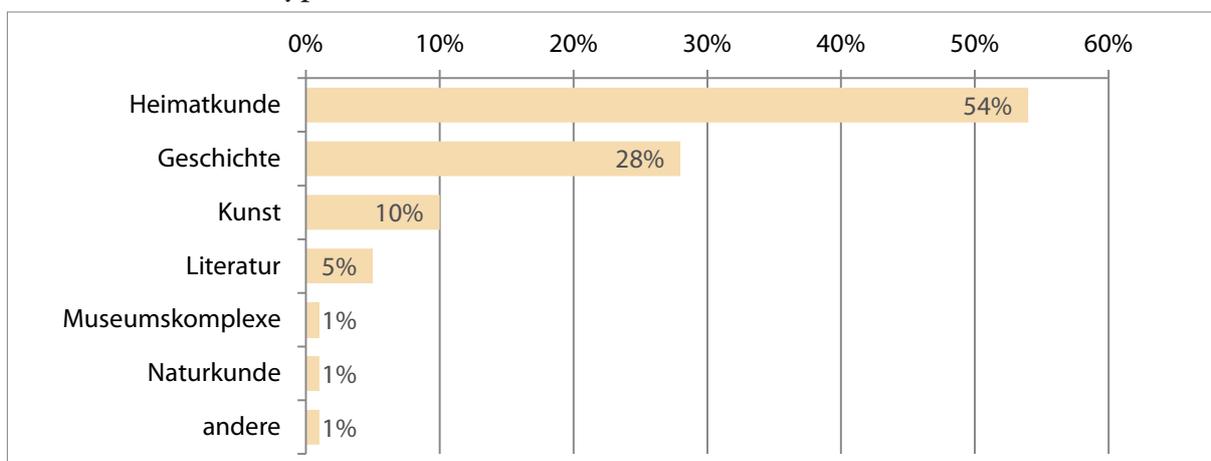
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Museen und ihre Besucher

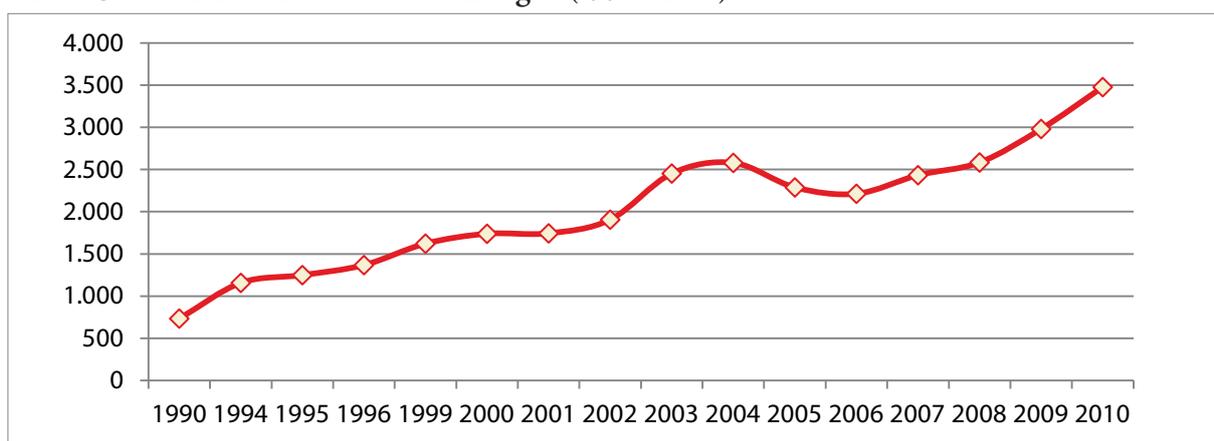
Grafik 1: Anzahl der Museen des Kulturministeriums (2005–2010)



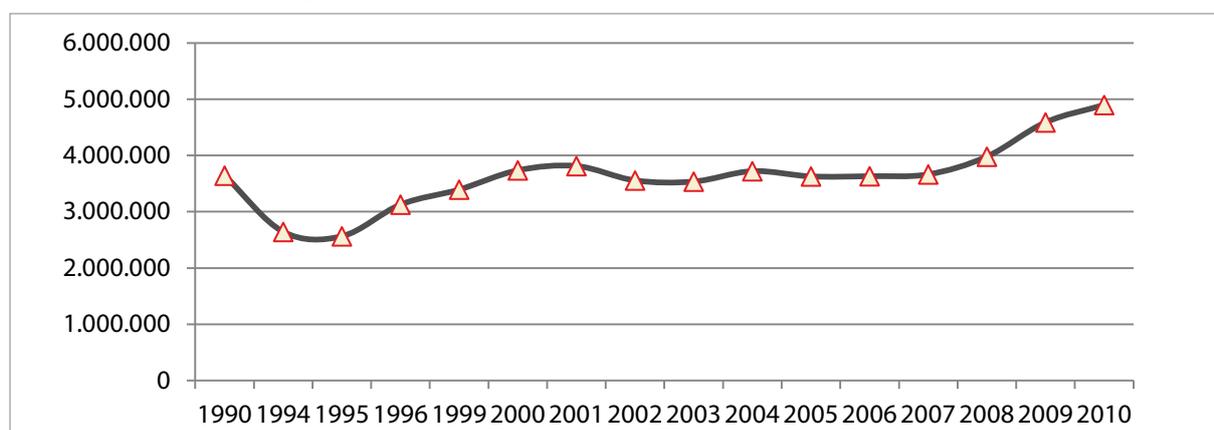
Quelle: Institut für belarussische Kultur.

Grafik 2: Museumstypen (2010, %)

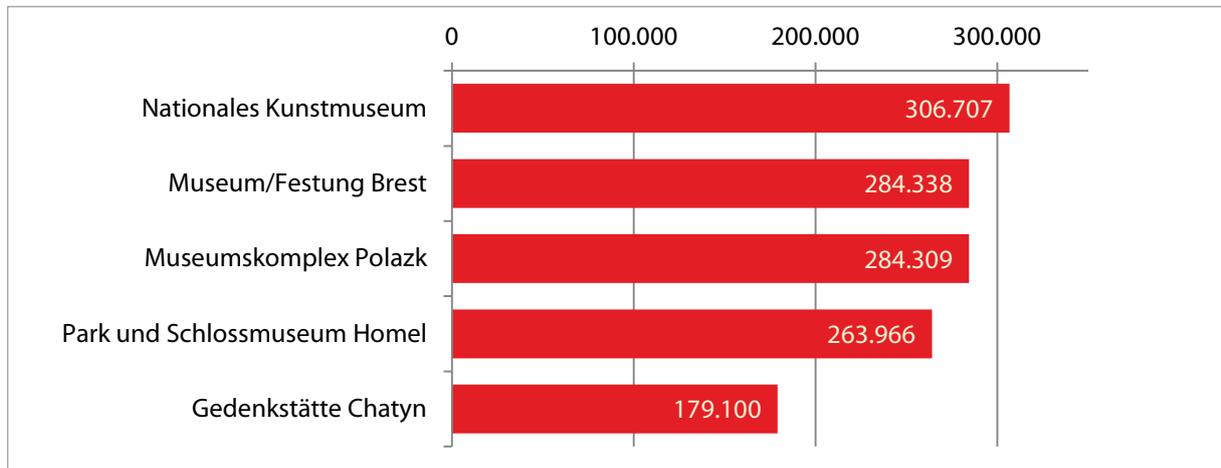
Quelle: Institut für belarussische Kultur.

Grafik 3: Anzahl der Sonderausstellungen (1990–2010)

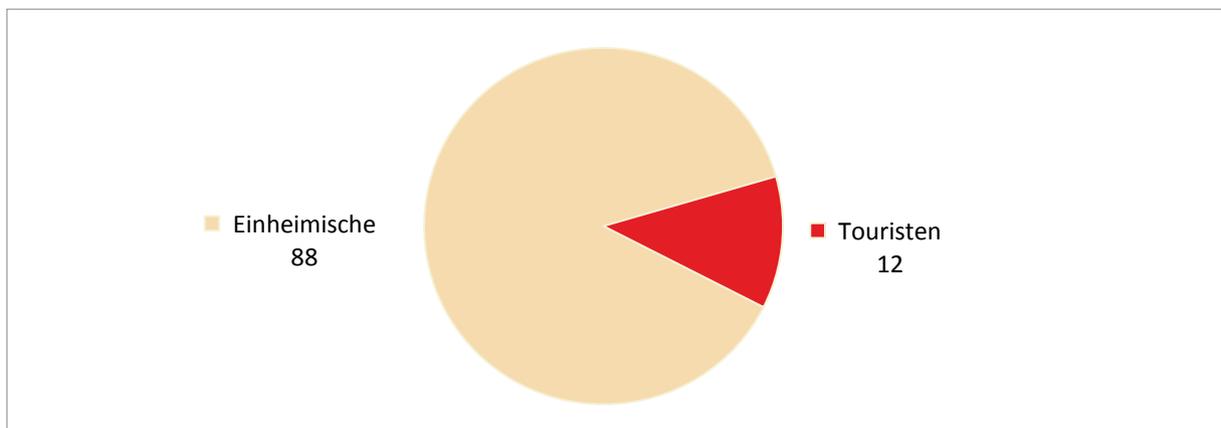
Quelle: Institut für belarussische Kultur.

Grafik 4: Entwicklung der Besucherzahlen (1990–2010)

Quelle: Institut für belarussische Kultur.

Grafik 5: Die meist besuchten Museen (2010)

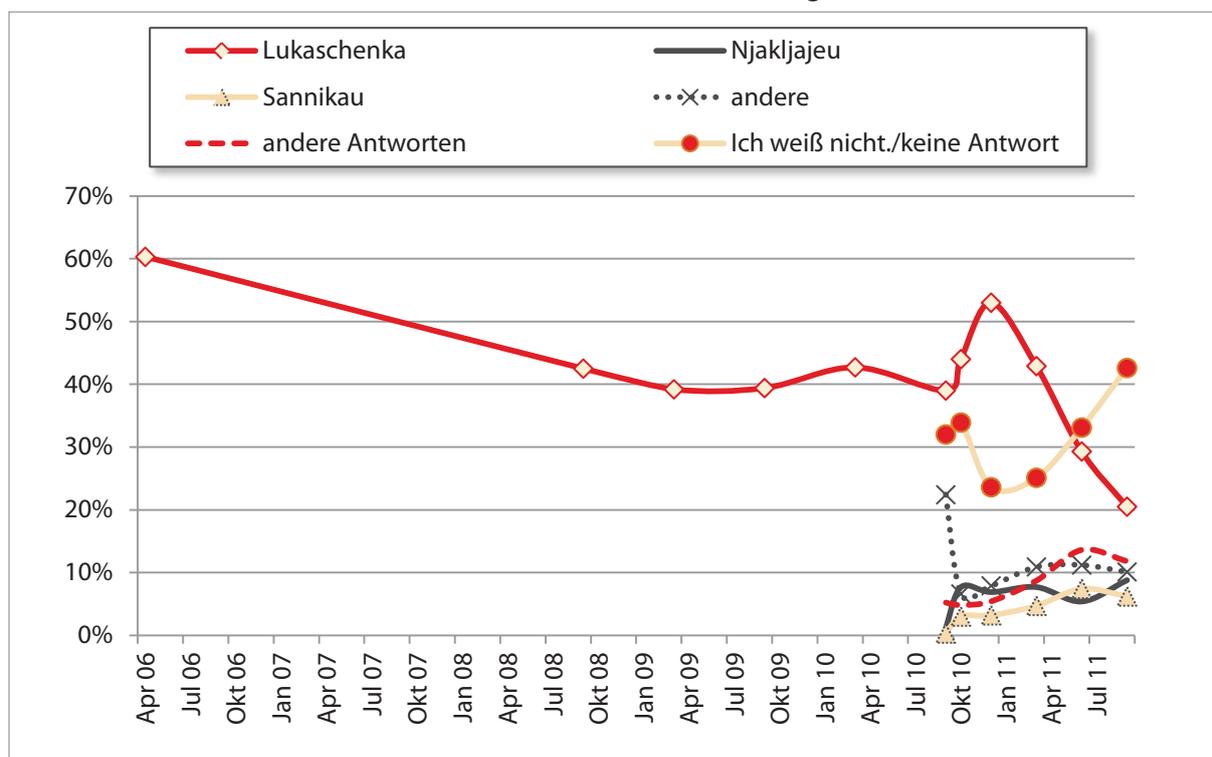
Quelle: Institut für belarussische Kultur.

Grafik 6: Museumsbesuche von Einheimischen und Touristen (2010, %)

Quelle: Institut für belarussische Kultur.

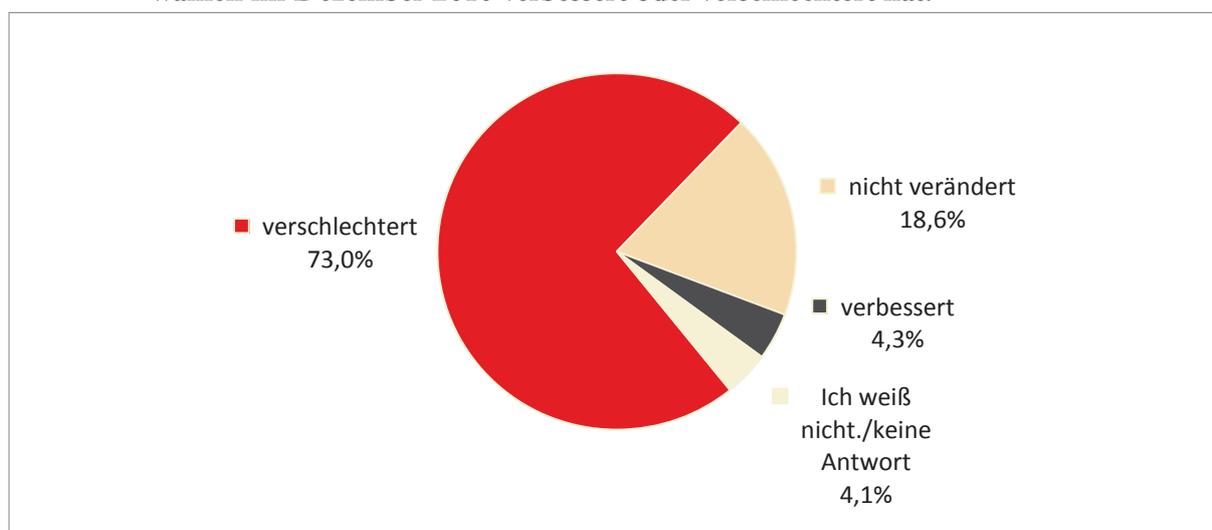
Aktuelle Politikumfragen

Grafik 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?

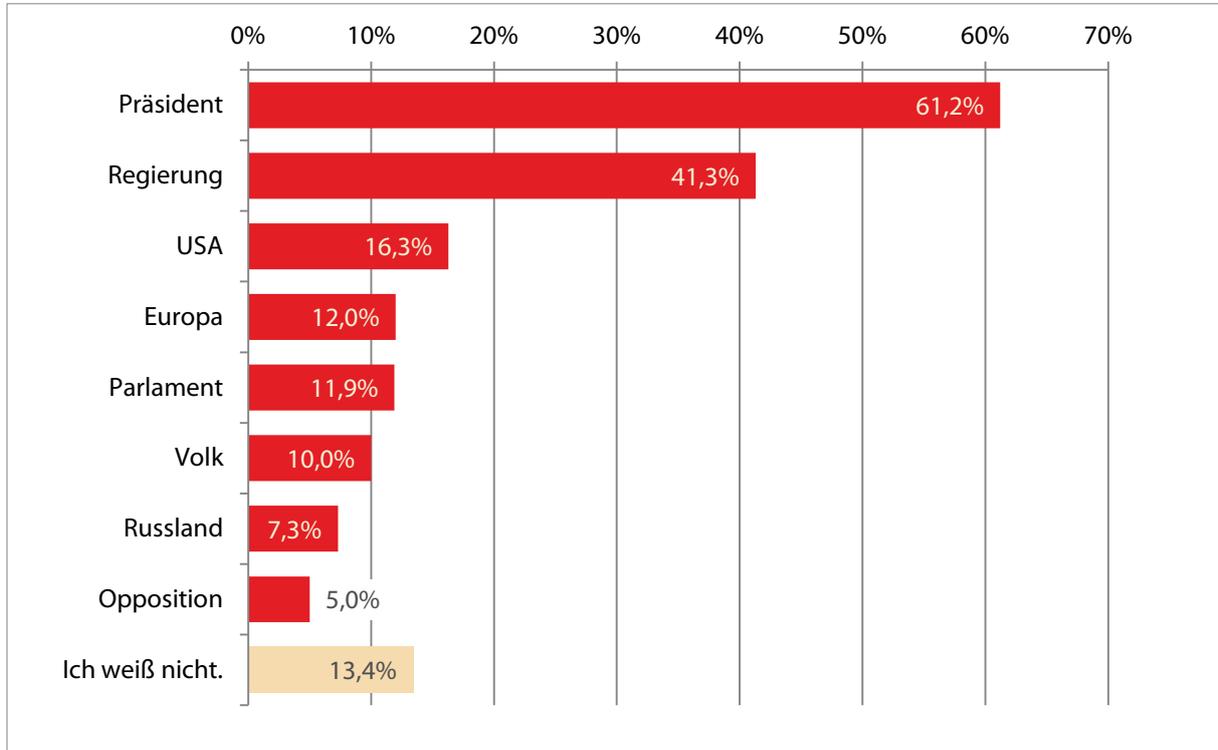


Quelle: repräsentative Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung, <http://iiseps.org/trend.html>

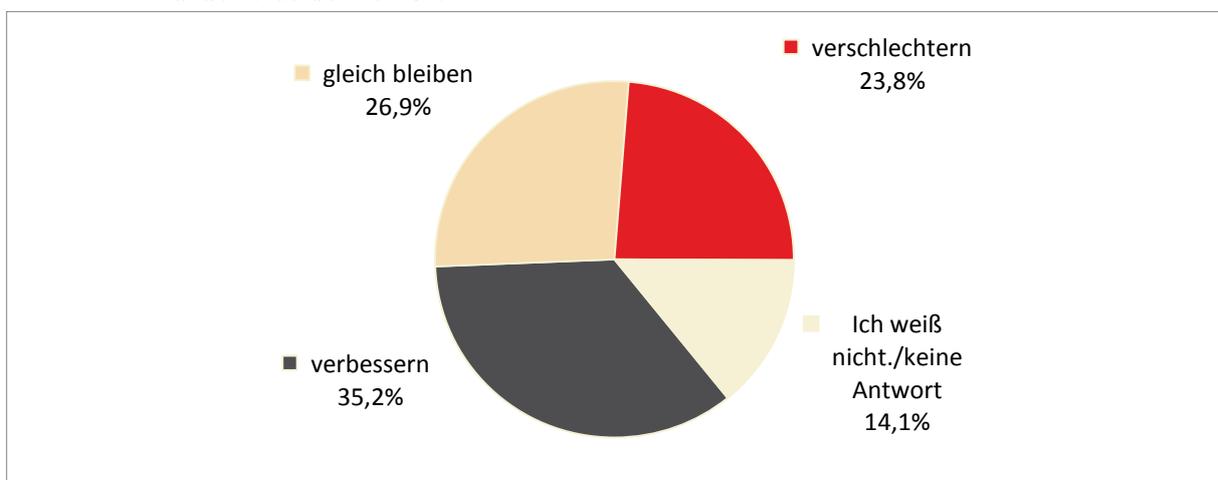
Grafik 2: Denken Sie, dass sich das Rating des Präsidenten Lukaschenka seit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 verbessert oder verschlechtert hat?



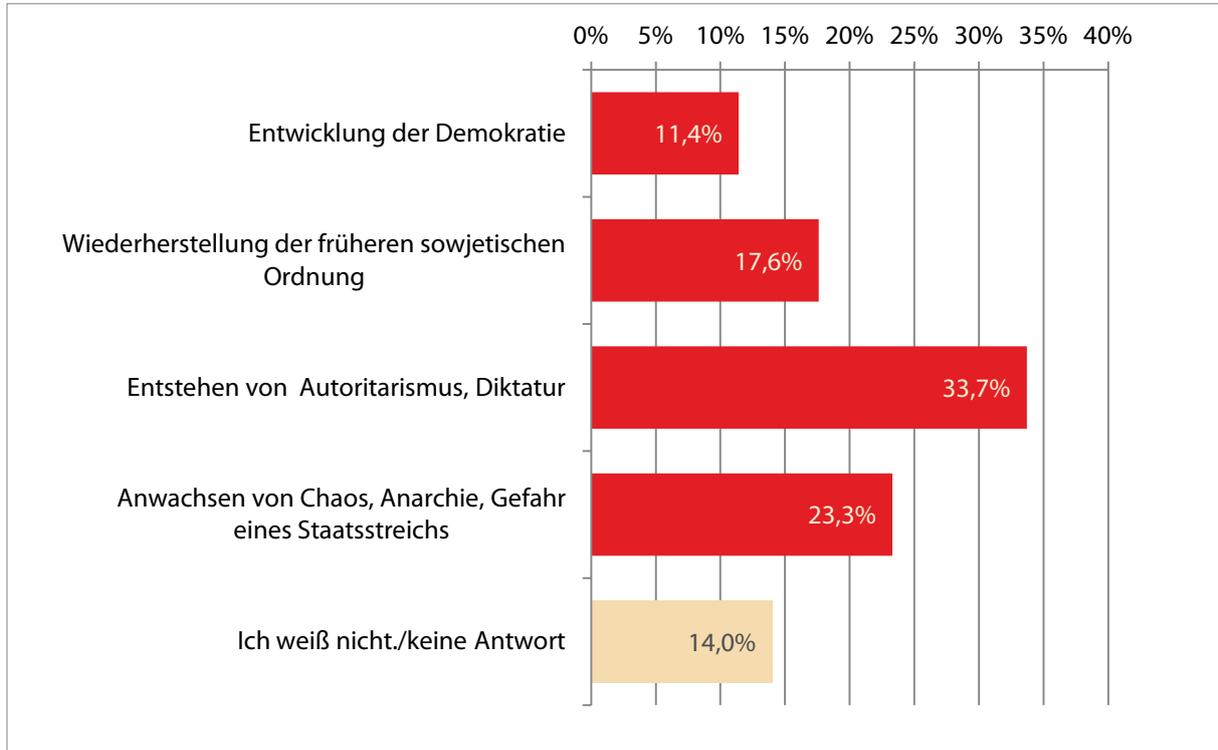
Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://iiseps.org/data11-19.html>

Grafik 3: Wer hat Ihrer Meinung nach Schuld an der derzeitigen Krise in Belarus?

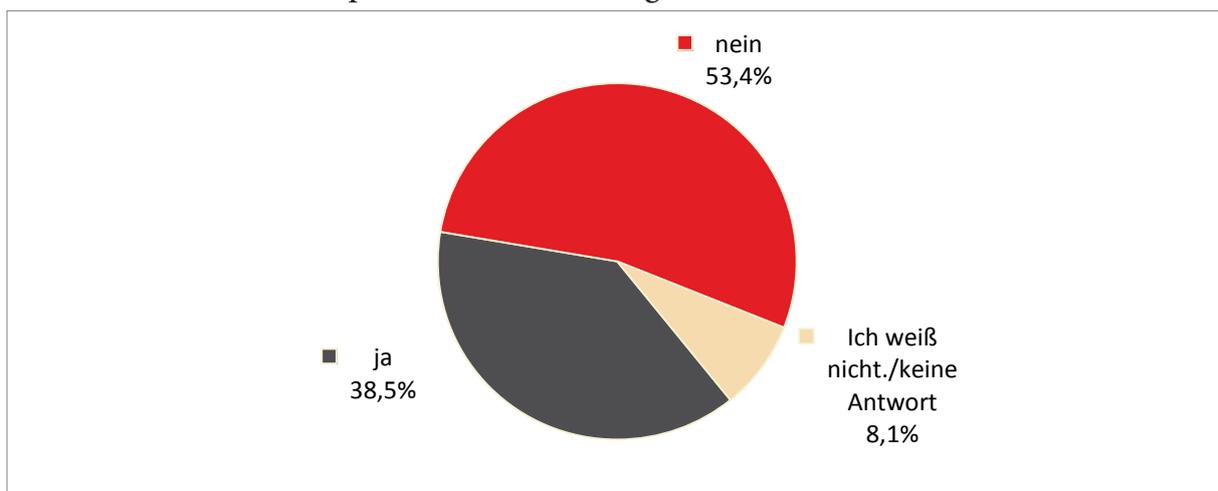
Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://iiseps.org/data11-19.html>

Grafik 4: Einige denken, dass sich das Leben in Belarus nach einem Rückzug Lukaschenkas vom Präsidentenamt verbessern würde, andere denken, dass es sich verschlechtern würde. Was denken Sie?

Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://iiseps.org/data11-19.html>

Grafik 5: In welche Richtung entwickelt sich derzeit das politische Leben in Belarus?

Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://iiseps.org/data11-19.html>

Grafik 6: Fühlen Sie sich persönlich vom Gesetz geschützt?

Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12.9.2011, <http://iiseps.org/data11-19.html>

Chronik vom 27. September bis zum 22. November 2011

28.9.2011	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, erklärt, dass die belarussische Delegation beim EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft vom außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik Belarus in Polen, Wiktar Hajsionak, geleitet wird. Offiziell wurde zum Gipfeltreffen der belarussische Außenminister Sjarhej Martynau eingeladen. Am selben Tag erklärt Sawinytsch, dass die gesamte Delegation im Fall der Statureinschränkung ihres Leiters zurückgerufen werde.
29.9.2011	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, erklärt, die Politisierung des Programms Östliche Partnerschaft sei eine Abweichung vom verkündeten Gleichberechtigungsprinzip.
29.9.2011	Der polnische Staatssekretär für Europafragen, Mikołaj Dowgiewicz, gibt bekannt, dass der Leiter der belarussischen Delegation, Botschafter Wiktar Hajsionak, zur Eröffnung des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft – einem offiziellen Abendessen – nicht eingeladen werde.
30.9.2011	Das belarussische Außenministerium gibt mit einer offiziellen Verlautbarung bekannt, dass die Teilnahme der belarussischen Delegation am Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft abgesagt wurde.
30.9.2011	Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, der auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft ein neues EU-Kooperationsprogramm mit Belarus vorstellte, erklärt auf der abschließenden Pressekonferenz, die EU sei bereit, Belarus einen Kredit in Höhe von neun Milliarden US-Dollar zu gewähren, allerdings nur im Fall der Erfüllung aufgestellter Forderungen.
30.9.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka bedankt sich öffentlich bei den teilnehmenden Ländern der Östlichen Partnerschaft für ihre Unterstützung. Die Delegationen der fünf Teilnehmerländer haben den Paragraphen der Abschlussdeklaration des Gipfeltreffens, in dem die innenpolitische Situation in Belarus kritisiert wird, nicht unterschrieben.
1.10.2011	Der Ex-Präsidentschaftskandidat Dsmityryj Us, der wegen angeblicher Organisation von Massenunruhen am Wahlabend des 19. Dezember 2010 zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, wird begnadigt und freigelassen. Der belarussische Außenminister Sjarhej Martynau erklärt daraufhin, Us' Begnadigung sei keine Erfüllung der EU-Forderungen, sondern allein Angelegenheit der belarussischen Rechtsprechung.
3.10.2011	Der belarussische Außenminister Sjarhej Martynau erklärt, Belarus werde trotz der Absage seiner Teilnahme am Gipfeltreffen weiterhin an dem Programm der Östlichen Partnerschaft teilnehmen.
3.10.2011	Die russische Zeitung Iswestija veröffentlicht einen Artikel des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin mit dem Titel »Neues Integrationsprojekt für Eurasien«. Der Artikel sorgt in Belarus für heiße Debatten über die Zukunft des Landes.
4.10.2011	Das belarussische Repräsentantenhaus verabschiedet die Gesetzesänderung »Über die Massenveranstaltungen«. Der Gesetzentwurf wurde nach den »schweigenden Protestaktionen« im Sommer 2011 eingereicht und wird in der Öffentlichkeit als eine restriktive und menschenrechtswidrige Maßnahme kritisiert.
6.10.2011	Der Stellvertretende Vorsitzende des belarussischen Repräsentantenhauses, Wiktar Huminski, nimmt an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Dubrovnik teil. Im Rahmen der Parlamentarischen Südosteuropa-Konferenz hält Huminski einen Vortrag über die Bekämpfung des Menschenhandels.
6.10.2011	Im tadschikischen Duschanbe wird die Botschaft der Republik Belarus eröffnet.
7.10.2011	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert die belarussische Regierung auf, alle politischen Gefangenen freizulassen.
8.10.2011	In mehr als 20 belarussischen Städten findet die von den oppositionellen Parteien und NGOs initiierte Protestaktion »Die Volksversammlung« statt. Die Organisatoren weigerten sich, eine staatliche Genehmigung der Protestaktion anzumelden. Entgegen den Erwartungen der Veranstalter kamen nur wenige Menschen.
10.10.2011	Maja Kocijancic, die Pressesprecherin der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton, erklärt, die Liste der hochstehenden belarussischen Beamten mit EU-Visasanktionen, werde um 16 Personen erweitert. Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, kommentiert dies als »Fehlentscheidung«.
11.10.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt während eines Treffens mit dem Gouverneur des russischen Gebiets Nowgorod, Sergej Mitin, dass die Russische Föderation mit ihren Regionen für die belarussische Außenpolitik prioritär sei.

11.10.2011	Der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, erklärt, die EU suche alle möglichen Wege zur Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und werde auf jede Menschenrechtsverletzung mit Sanktionen reagieren.
12.10.2011	Swjataslaw Baranowitsch, der als letzter am Wahlabend des 19. Dezember 2011 verhaftet wurde, wird von einem Minsker Gericht schuldig gesprochen und zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.
13.10.2011	Der amtliche Sprecher des russischen Außenministeriums, Aleksandr Lukaschewitsch, erklärt, Moskau sei besorgt wegen der Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Belarus, Iran und Syrien. »Russland ist besorgt wegen der anhaltenden Tendenz von einseitigen Sühnemaßnahmen im diplomatischen Instrumentarium der Europäischen Union«, so Lukaschewitsch.
13.10.2011	Ein Prager Gericht verwirft den Antrag der belarussischen Staatsanwaltschaft auf Auslieferung des Ex-Präsidentenskandidaten Ales Michalewitsch. Dieser wurde am Wahlabend des 19. Dezember 2010 verhaftet und am 19. Februar 2011 auf Bewährung entlassen. Im März flüchtete er aus Belarus und bekam einige Wochen später Asyl in Tschechien.
14.10.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der russische Präsident Dmitrij Medwedew besprechen telefonisch die Fragen der »integrativen Kooperation im eurasischen Raum«.
14.10.2011	Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, fordert die belarussische Regierung auf, alle repressiven Gesetzentwürfe abzulehnen. Insbesondere handelt es sich dabei um die Änderungen an den Gesetzen »Über die Massenveranstaltungen« sowie »Über die Organe der Staatssicherheit«.
16.10.2011	Der litauische Außenminister Audronius Ažubalis erklärt, dass der Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Wjasna, Ales Bjaljazki, für den litauischen Friedenspreis nominiert werden könne. Bjaljazki wurde im August wegen angeblicher Steuerhinterziehung inhaftiert. Als Vorwand zu seiner Festnahme dienten Informationen über seine ausländischen Bankkonten, die das litauische Justizministerium und die polnische Generalstaatsanwaltschaft der belarussischen Seite ausgeliefert hatten.
18.10.2011	Eine Delegation aus Belarus unter Leitung des Ministerpräsidenten Michail Mjasnikowitsch nimmt an den Tagungen des GUS-Regierungsrates, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Zollunion teil. Alle drei Tagungen finden am 18. und 19. Oktober in Sankt Petersburg statt. Unter anderem wird im Rahmen der Tagungen die Entscheidung über den Beitritt Kirgistans in die Zollunion getroffen.
19.10.2011	Teilnehmer einer Demonstration vor der deutschen Botschaft in London fordern die Deutsche Bank auf, alle Geschäftsbeziehungen zu Belarus zu beenden.
21.10.2011	Der Rat der Republik der belarussischen Nationalversammlung bewilligt den umstrittenen Gesetzentwurf »Über die Massenveranstaltungen«.
24.10.2011	Eine parlamentarische Delegation aus Kasachstan trifft in Minsk zu Gesprächen über die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes ein.
24.10.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der turkmenische Präsident Gurbanguly Berdymuhamedow besprechen telefonisch die wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder.
25.10.2011	Belarus wird für 2012–2014 in den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen gewählt.
25.10.2011	Der litauische Außenminister Audronius Ažubalis kritisiert das neue Gesetz »Über die Massenveranstaltungen« harsch. Die besagte Gesetzesänderung werde eine der fundamentalen Freiheiten in Belarus einschränken, so Ažubalis.
25.10.2011	In Minsk werden vier Aktivisten der zivilgesellschaftlichen Kampagne »Europäisches Belarus« inhaftiert, die für die Freilassung politischer Gefangener demonstrierten.
27.10.2011	Der Botschafter der Türkei in Belarus, Cevat Nezihi Özkaya, erklärt, die Türkei werde sich den Wirtschafts- und Visasanktionen der EU gegen Belarus nicht anschließen.
27.10.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft in Tadschikistan ein, um mit Präsident Emomali Rachmonow über die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Jugendpolitik und Katastrophenprävention zu beraten.
31.10.2011	Der belarussische Innenminister Anatoli Kuliaschou trifft in Hanoi zur Teilnahme an der 80. Generalversammlung der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) ein, um über die Ermittlungen im Fall des Terroranschlages in der Minsker U-Bahn zu berichten.

3.11.2011	Der litauische Justizminister Remigijus Šimašius erklärt, dass die ausgelieferten Informationen über die Bankkonten des Vorsitzenden des Menschenrechtszentrums Wjasna, Ales Bjaljzki, für ungültig erklärt wurden und nicht als Beweis vor Gericht dienen können.
4.11.2011	Das belarussische Repräsentantenhaus verabschiedet ein Gesetz, welches belarussischen Staatsbeamten den Besitz der »Karta Polaka« (die sog. »Polenkarte« kann von Bürgern der ehemaligen Sowjetunion, die nachweisen können, dass sie polnische Vorfahren und Sprachkenntnisse haben, beantragt werden und bietet einen privilegierten Ausländerstatus in Polen) o. ä. Dokumente verbietet. Das Ziel des Gesetzes ist die Vermeidung von »Interessenkonflikten im Staatsdienst«.
4.11.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka kritisiert den NATO-Militäreinsatz in Libyen als »Vandalismusakt im 21. Jahrhundert«.
8.11.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka unterschreibt die umstrittenen Gesetzentwürfe »Über die Massenveranstaltungen« und »Über die Organe der Staatssicherheit«, die damit endgültig in Kraft treten.
9.11.2011	Der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission Belarus, Mikalai Lasawik, dementiert Informationen über die Vorziehung der kommenden Parlamentswahlen.
14.11.2011	In Moskau trifft der neue außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Republik Belarus in der Russischen Föderation, Andrej Kabiakou, ein.
18.11.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft in Moskau zu einem Arbeitstreffen ein, um gemeinsam mit den Präsidenten Russlands und Kasachstans die Richtlinien für eine Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes zu erarbeiten. Unter anderem wird im Rahmen der Visite die Deklaration zur eurasischen Wirtschaftsintegration sowie der Vertrag »Über die Eurasische Wirtschaftskommission« unterzeichnet.
19.11.2011	Die Partei der belarussischen Volksfront startet eine Kampagne gegen den Beitritt Belarus in die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, da diese Organisation »den nationalen Interessen Belarus widerspricht«, so der Parteivorsitzende Aljaksej Janukewitsch.
22.11.2011	Bei einer Sitzung zur Haushaltspolitik 2012 erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka, dass eine Schock-Therapie wie sie in den 1990er Jahren durchgeführt wurde, heute unzulässig sei. Man habe damals unter dem Einfluss westlicher Fonds und Experten gestanden.

Zusammengestellt von Galina Widrich

Sie können die gesamte Chronik seit 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Belarus-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski, Heiko Pleines, Astrid Sahn, Martin Schön

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

ISSN 2192-1350 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de